

# Lodzer

# Volkszeitung

**Nr. 186.** Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich morgens. In den Sonntagen wird die reichhaltig illustrierte Beilage „Volk und Zeit“ beigegeben. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zl. 5.—, wöchentlich Zl. 1.25; Ausland: monatlich Zl. 8.—, jährlich Zl. 90.—. Einzelnummer 20 Groschen, Sonntags 35 Groschen.

Schreibleitung und Geschäftsstelle:  
**Loda, Betsauer 109**  
hof, Unt.  
Telephon 36-90. Postcheckkonto 63.508  
Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.  
Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 2.30 bis 3.30.

Anzeigenpreise: Die sieben gespaltene Millimeterzeile 15 Groschen, im Text die dreigespaltene Millimeterzeile 60 Groschen. Stellengefuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 1.— Platz; falls diesbezügliche Anzeige angegeben — gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

## Die „Politik“ des Unterrichtsministers.

Möglichst werden vom Unterrichtsministerium die Reglements für Privatschulen veröffentlicht, die die Rechte der Regierungsschulen genießen wollen. Diese Reglements haben sich bisher immer nur auf den Umfang des Unterrichtsprogramms erstreckt. Das in diesem Jahre für Privatschulen bekanntgegebene Reglement stellt aber ein Novum dar, denn es enthält den ganz neuen Hinweis darauf, daß nur solche Privatschulen mit den Regierungsschulen auf eine Stufe gestellt werden können, die die Zöglinge zur Ehrfurcht gegenüber den Staatsbehörden anhalten und sie in diesem Geiste auch streng erziehen. Den Schulen, in denen die Kinder nicht zu dieser „Ehrfurcht“ angehalten werden, sollen die allgemeinen Rechte der Staatschulen entzogen werden.

Es sei daran erinnert, daß Dr. Switalski, als er noch Unterrichtsminister war, den Schulen seinerzeit die strikte Weisung gab, am Namensstage Marschall Pilsudskis diesem Schulungsstelegramme zu senden. Diese Weisung, die nicht allenthalben befolgt wurde, ist auf starken Widerspruch gestoßen und wurde mit Recht als eine rein politische

Mahnahme innerhalb des Schulwesens verurteilt. Dr. Switalski suchte sich damals damit zu rechtfertigen, daß die Schulkinder in der Liebe zu den Führern des Staates erzogen werden müßten. Sein Nachfolger im Amte des Unterrichtsministers, Dr. Czerwikski, geht nunmehr noch einen Schritt weiter, indem er Schule und Lehrerschaft entzogen will, die seine Politik nicht mitmachen wollen.

### Die Kontrolle der Staatsanleihen.

Die Sejmkommission zur Prüfung der Staatsanleihen ist gestern im Sejmgebäude zu einer Sitzung zusammengetreten, die Abg. Prof. Dr. Krzyzjanowski vom Regierungsbüro leitete. Auf Grund einer Reihe Einzelreferate, die von der Delegation des Finanzministeriums mit Ministerialdirektor Dr. Baranski an der Spitze erstattet worden sind, wurde die Liste der Staatsanleihen geprüft und gebilligt, die vom Finanzministerium vorgelesen sind. Die Vorlagen werden ordnungsgemäß in den allernächsten Tagen im „Monitor Polski“ veröffentlicht.

## Ein neuer bulgarisch-südslawischer Grenzwischenfall.

Sofia, 10. Juli. Die Bulgarische Telegraphen-Agentur berichtet über einen neuen Zwischenfall an der bulgarisch-südslawischen Grenze bei dem Ort Duhovo im Bezirk Tryn. Danach wurde ein bulgarischer Offizier, der Kommandant eines Grenzwachtpostens, von Soldaten der südslawischen Grenztruppe ohne jegliche Veranlassung beschossen.

Sofia, 10. Juli. Zu dem bulgarisch-südslawischen Zwischenfall werden folgende Einzelheiten bekanntgegeben: Bei Stresimirovzi entstand zwischen bulgarischen und südslawischen Grenztruppen eine Schießerei. Der Kommandant des bulgarischen Abschnitts, Hauptmann Daszloff, ritt in Begleitung dreier Soldaten zur Inspektion einzelner Posten die Grenze entlang und wurde dabei von der serbischen Grenztruppe plötzlich beschossen. Die Bulgaren erwiderten das Feuer, worauf sich die Serben zurückzogen. Im Verlaufe der Inspektionsreise geriet der Hauptmann an einer anderen Stelle wieder unter das Feuer südslawischer Truppen. Ein dritter Feuerüberfall erfolgte vor dem bulgarischen Grenzposten Nr. 2. Im ganzen wurden etwa 200 Schüsse gewechselt, die jedoch keine Verluste verursachten. Hauptmann Daszloff ist gebürtiger Mazedonier und Südslawien verlangte schon vor geraumer Zeit seine Abberufung aus dem bulgarischen Grenzdienst.

## Regierungskrise in Rumänien.

Die Lage ist kritisch, jedoch nicht aussichtslos.

Bukarest, 10. Juli. Die Verhandlungen über die Verwaltungs-Reformvorlage haben zu einer Regierungskrise geführt. Die Oppositionsparteien haben gemeinsam gegen die Vorlage Front gemacht und drohen selbst mit ihrem Auszug aus dem Parlament für den Fall, wenn die durch sie beanstandeten Artikel nicht gestrichen würden. Infolge der Aktion der Opposition hat der Regent Rat die Regierung zur Aenderung der beanstandeten Artikel aufgefordert, welcher Aufforderung die Regierung teilweise auch Genüge leistete. Der Regent Rat gab sich jedoch mit der Mobilisierung nicht zufrieden, während die Regierung keine weiteren Zugeständnisse machen konnte, da dies einen völligen Bruch mit dem Parteiprogramm bedeutet hätte.

Aus diesem Grund hat Ministerpräsident Maniu gestern formell seine Demission gegeben. Die Lage ist kritisch. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß die Krise im Laufe der heutigen Audienz beseitigt werden kann, auf die Weise, daß die Regierung wie auch der Regent Rat Zugeständnisse machen, um nicht das Land neben der bestehenden Wirtschaftskrise einer politischen Krise auszusetzen. Die Nachgiebigkeit des Regent Rates erscheint um so wahrscheinlicher, da Vorlagen vor deren Einreichung stehen, die aus dem Gesichtspunkt der Milderung der Wirtschaftskrise wichtig und dringend sind und ein Aufschub die schweren finanziellen Verhältnisse noch verschlimmern dürfte. Die Regierung beabsichtigt aber, diese Vorlagen nach der Verfassungsreformvorlage einzureichen.

Bukarest, 10. Juli. Die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen der Regierung Maniu und dem Regent Rat wegen des Gesetzesentwurfes über die Verwaltungsreform entstanden sind, sind heute, soweit es sich übersehen läßt, beseitigt worden. Es soll ein Kompromiß erzielt worden sein, durch das die drohende Regierungskrise beseitigt erscheint. Der Regent Rat wird noch heute die zur Einbringung des Entwurfs im Parlament nötige Genehmigung erteilen.

Bukarest, 10. Juli. Die Regierungskrise, die durch die bisherige Ablehnung des Gesetzesentwurfes über die Verwaltungsreform durch den Regent Rat hervorgerufen wurde, hat ihren Höhepunkt erreicht. Mittags wird sich Ministerpräsident Maniu zum Regent Rat begeben, wo er die Unterzeichnung des Entwurfs, sowie auch die Verlängerung der Parlamentssession verlangen wird, damit der Entwurf noch im Sommer in Kraft gesetzt werden kann. Da auch Prinzregent Nikolaus, der einige Wochen in Sinaja weilte, am Mittwoch in Bukarest eingetroffen ist, wird angenommen, daß er der Sitzung beiwohnen wird, damit der Regent Rat vollständig versammelt ist.

Bukarest, 10. Juli. Die Zeitung „Cuvantul“ veröffentlicht heute ein Communiqué, in dem betont wird, die Gerüchte, wonach zwischen den hier verhafteten Verschwörern und dem Prinzen Carol eine Verbindung bestanden hätte, seien vollständig unrichtig.

### Der Konflikt Prag-Budapest.

Budapest, 10. Juli. Der Budapestener tschechoslowakische Gesandte hat gestern mittag der ungarischen Regierung eine Note übergeben, in der die Prager Regierung wiederholt gegen die Verhaftung des tschechischen Bahnbeamten Pecha Verwahrung einlegt, mit Berufung auf die Eisenbahnübereinkunft zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn die sofortige Freilassung des Verhafteten fordert und der Forderung Ausdruck gibt, die ungarische Regierung werde ihrem Bedauern über den Vorfall Ausdruck geben. Die ungarische Regierung vertritt demgegenüber in einer offiziellen Note den Standpunkt, daß von einer Verletzung der Eisenbahnübereinkunft keine Rede sein kann, zumal es sich nicht um eine eisenbahntechnische Angelegenheit handle, sondern darum, daß Pecha wegen Spionage auf frischer Tat ertappt wurde. Die Übereinkunft enthalte im Gegenteil eine Bestimmung, daß beide Staaten sich den polizeilichen und strafrechtlichen Vorschriften unterwerfen, die in jenem Lande in Geltung sind, wo die Beamten arbeiten.

### Die Parlamentswahlen in Finnland.

Helsingfors, 10. Juli. Nach dem vorläufigen Wahlergebnis, an dem sich kaum noch etwas ändern dürfte, haben sich einige nicht unwesentliche Verschiebungen für den neuen finnländischen Landtag ergeben. Es verlieren: die große bürgerliche Sammlungspartei 4, die liberale Fortschrittspartei 1, die Sozialdemokraten 5 Sitze. Es gewinnen: der Bauernbund 3 und die Kommunisten 5 Mandate. Als neue Splitterpartei werden die Kleinbauern mit einem Abgeordneten erstmalig im Landtag vertreten sein. Die schwedische Volkspartei behält die Anzahl ihrer Plätze. Demnach würde die Verteilung der Mandate im neuen Landtag folgende sein: Sammlungspartei 31 (bisher 34), Schwedische Volkspartei 23 (24), Bauernbund 56 (52), Fortschrittspartei 9 (10), Kleinbauern 1, Sozialdemokraten 59 (60), Kommunisten 21 (20). Mit Zusammentritt des neuen Landtags dürfte das Kabinett des Dr. Mantere, das von den Fortschrittler gestützt war, zurücktreten.

### Um den Sitz der Reparationsbank.

Amsterdam, 10. Juli. Die Mitteilung eines Berliner Blattes, wonach die Bank für internationale Zahlungen nunmehr endgültig in Amsterdam errichtet werden soll, ist vorläufig mit allem Vorbehalt aufzunehmen. Die Meldung beruht auf einer gesprächsweißen Äußerung einer allerdings gut unterrichteten Persönlichkeit, doch ist in den Kreisen der internationalen Handelskammer hiervon nichts bekannt.

## Die interalliierten Schuldenabkommen.

Paris, 10. Juli. Der zehn Gruppen umfassende französische Verband der Völkerbundsligen sprach sich in einer Vertettersitzung für die Ratifizierung der interalliierten Schuldenabkommen, den Young-Plan und das obligatorische Schiedsgericht aus. Die Entschliekung besagt u. a.: Die nationale Ehre und das Interesse des Landes erfordern die sofortige Anerkennung der Schulden. Der Verband verlangt außerdem auf das Dringlichste von Parlament und Regierung so zu handeln, daß das Frankreich auferlegte Opfer sein Gegengewicht in der Festigung des Friedens findet. Die Ratifizierung der Schuldenabkommen und des Young-Planes durch alle in Frage kommenden Staaten müsse logischerweise die Befreiung der besetzten Gebiete, die schrittweise und allgemeine Abrüstung, die Besserung der wirtschaftlichen Beziehungen, die vorbehaltlose Annahme des obligatorischen Schiedsgerichts und die Stärkung des Völkerbundes zur Folge haben.

Paris, 10. Juli. Der frühere französische Finanzminister George Bonnet forderte Poincare auf, sich während der großen Aussprache über die interalliierten Schulden auch zur Frage der Rheinlandräumung zu äußern, die bereits öffentlich von der Tribüne des deutschen Reichstages und des englischen Parlaments behandelt worden sei und daher eine Antwort erheische. Zur Rheinlandfrage äußerte sich Bonnet folgendermaßen: Der Young-Plan sehe keinerlei Summen für die Räumung des Rheinlandes vor. Man wisse gleichzeitig genau, daß im deutschen Reichstag nicht ein Abgeordneter sei, der für den Young-Plan stimmen würde, falls Frankreich nicht früher die Verpflichtung übernommen hätte, das Rheinland zu räumen. Trotzdem fährt man in Frankreich fort, die öffentliche Meinung zu täuschen und ihr einzureden, daß die französische Regierung die Befreiung im Rheinland aufrecht erhalten und gleichzeitig den Young-Plan annehmen werde.

### Die französische Antwort an England.

London, 10. Juli. Das englische Kabinett beschäftigte sich in seiner Sitzung am Mittwoch mit der letzten französischen Antwortnote. In gut unterrichteten Kreisen erwartet man, daß Paris schließlich doch noch in der Streitfrage um den Tagungsort der Regierungskonferenz nachgeben und sich mit London einverstanden erklären wird. Diese Annahme ist insofern nicht ganz von der Hand zu weisen, als wesentliche sachliche britische Zugeständnisse vorliegen, in Form der letzten britischen Kundgebungen zur Räumungsfrage und die wahrscheinliche Unterstützung in der Saarfrage, so daß Paris das Nachgeben in den formellen Fragen nicht allzu schwer gemacht werde. In anderen Kreisen dagegen verurteilt man die französische Hartnäckigkeit in der Frage des Tagungsortes ernst und hält ein Zurückweichen auch heute noch nicht für sicher. In jedem Falle dürften nun die Vorverhandlungen bald in ein entscheidendes Stadium treten.

### Zu den Neußerungen Snowdens im Unterhaus.

Berlin, 10. Juli. (Priv.) Mit Bezug auf die Neußerungen Snowdens im Unterhaus, wonach England nicht zur Annahme des Young-Planes verpflichtet sei, wird an unterrichteter Stelle auf den Passus des Young-Planes hingewiesen, wonach die Sachverständigen ihren Bericht als ein unteilbares Ganzes betrachten und darauf, daß die Annahme des Berichtes von den Sachverständigen der Länder nur unter dieser Voraussetzung erfolgt sei, es sei, daß die Einwendungen Englands sich nicht nur auf den Verteilungsschlüssel der Zahlungen beziehen.

### Der belgische Parteitag über die Rheinlandräumung.

Brüssel, 10. Juli. Auf dem Parteitag der belgischen Arbeiterpartei, der Sonntag im Brüsseler Volkshaus eröffnet wurde, wurde die Debatte über die politische Lage durch ein Referat Vanderveldes eröffnet. Er verwies auf die außerordentlich ungünstige Lage, in der sich die bürgerliche Regierung trotz ihrem Wahlsieg schon heute befindet, und forderte die Einberufung einer außerordentlichen Tagung der Kammer zur Lösung der wichtigen und dringlichen Fragen. Vor allem dürfe das Problem der Räumung des Rheinlandes ohne das Parlament und ohne die Arbeiterpartei nicht behandelt werden.

Auf dem Parteitag wurde berichtet, daß sich die Organisationen der Arbeiterschaft in erfreulicher Weise entwickelt haben. Die Zahl der Parteimitglieder ist bedeutend gewachsen und übersteigt jetzt 600 000. Die Auflage der sozialistischen Tagespresse hat im letzten Jahre um 50 000 zugenommen und zählt heute 250 000 Abonnenten.

### Erkrankung Chamberlains.

London, 10. Juli. Sir Austen Chamberlain, der Außenminister im Kabinett Baldwin, hat sich, wie „Daily Express“ berichtet, eine neue schwere Erkältung zugezogen. Da sich eine Erhöhung der Temperatur bemerkbar macht, haben die Ärzte mit Rücksicht auf seine schwere Erkrankung im vorigen Jahre ihm Bettruhe verordnet. Chamberlain hat sich offensichtlich während des Wahlkampfes, bei dem er schließlich seinen Sitz mit nur 49 Stimmen Mehrheit behielt, überanstrengt.

London, 10. Juli. Nach einer Meldung der „Daily Chronicle“ trägt sich Lloyd George mit der Absicht, seine diesjährigen Parlamentsferien mit Frau, Tochter und Sohn und Schwiegertochter im Schwarzwald zu verbringen. Dies wäre der erste Besuch, den Lloyd George seit Beendigung des Krieges Deutschland abtatten würde.

### Ein neues Sprengstoff-Attentat in Schleswig.

Berlin, 10. Juli. (Priv.) Ueber den Sprengstoffanschlag in Niebüll ist von dem Regierungspräsidenten in Schleswig bei den zuständigen Stellen die Meldung eingegangen, daß durch ein Geschloß das Hinterhaus und der Eingang des Amtes völlig zerstört worden sind. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Der Sachschaden ist bedeutend. Kurz nach der Tat ist ein Auto in rasender Fahrt in der Richtung nach Rügen (auf Hujum zu) beobachtet worden. Die Untersuchung ist eingeleitet. Es wird darauf hingewiesen, daß seit November 1928 dies das siebente derartige Attentat in der Provinz Schleswig ist, und daß seit etwa dem gleichen Zeitpunkt eine systematische Hege gegen die Behörden des Staates und des Reiches eingeleitet hat, die, mehr oder minder verhüllt, die Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten aufreizt.

Samburg, 10. Juli. Wie zu dem Bombenanschlag in Niebüll weiter bekannt wird, weil die Staatsanwaltschaft Flensburg bereits am Tatort, um die notwendigen Untersuchungen einzuleiten. Es steht nunmehr fest, daß Menschen bei der Explosion nicht zu Schaden gekommen sind. Die Annahme, daß die Attentäter eine Bombe mit Zeitzündung für ihren Anschlag benutzt haben, gewinnt dadurch an Wahrscheinlichkeit, daß fast genau zur Zeit der Explosion ein Kraftwagen mit rasender Geschwindigkeit in Richtung Flensburg oder Hujum davonfuhr. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Niebüll, 10. Juli. Wie von zuständiger Seite zu

## Gegen den amerikanischen Hochschulzoll.

New York, 10. Juli. Einer Meldung aus Washington zufolge, haben insgesamt 38 Länder gegen die neue Zollvorlage formell Einspruch erhoben. Darunter England, Frankreich, Belgien, Desterreich, Italien, Spanien, Schweiz, Dänemark, Norwegen, Schweden, die Niederlande und alle Staaten von Südamerika. Das Staatsdepartement hat sämtliche 38 Proteste dem Finanzausschuß des Senats übermittelt. Bislang war von Seiten des Staatsdepartements dem Senator Harrison gegenüber erklärt worden, es lägen ungefähr ein Duzend Proteste vor. Harrison gab sich aber mit dieser Erklärung nicht zufrieden, worauf das Staatsdepartement gezwungen war, alle 38 Einspruchserklärungen herauszugeben. Der Senatsopposition sind die Einsprüche willkommenes neues Material im Kampf gegen die Zollfrage. Senator Harrison erklärt, daß Washington heute in der Welt den Ruf genieße, einen imperialistischen Krieg entfesselt zu haben. Die ganze Welt sei über Amerika verärgert. Amerika werde bald vereinzelt dastehen und sein Außenhandel zerstört werden. Uebrigens ist in den veröffentlichten Listen über die Einspruchserklärungen ausdrücklich erklärt, daß Deutschland nicht zu den 38 genannten Ländern gehört.

New York, 10. Juli. Die stark umstrittene neue Hochschulzollvorlage ist jetzt dem Finanzausschuß des Senats zugegangen, nachdem sie vom Staatsministerium geprüft war. Die Einsprüche der auswärtigen Mächte

gegen diese Vorlage kündigen vielfach Wiederbergeltungsmaßnahmen an. Senator Harrison, der über die Einspruchsnote gegen die geplanten Zölle sprach, erklärte u. a., daß nunmehr der bestmögliche Schritt über die neuen Zollmaßnahmen beginne. Der Vorsitzende der internationalen Handelskammer in Amsterdam, Alberto Pirelli, erklärte, daß er mit allen Mitteln jeden Versuch, die amerikanischen Zollvorlage vor dem fünften Kongreß der Internationalen Handelskammer zur Sprache zu bringen, unterstützen werde.

Berlin, 10. Juli. In politischen Kreisen Berlins hat die Nachricht, daß Deutschland in Washington gegen den neuen amerikanischen Zolltarif keinen Einspruch erhoben hat, großes Erstaunen ausgelöst. Da auch zahlreiche Industriezweige von den neuen amerikanischen Zollmaßnahmen hart getroffen werden, hält man einen deutschen Schritt in Washington für durchaus angebracht. Man wundert sich über das Verhalten der deutschen Regierung um so mehr, als Deutschland mit einem solchen Schritt nicht allein dastehen würde, da nicht weniger als 38 andere Staaten formelle Protestschritte in Washington teilsweise in schärfster Tonart und unter Androhung von Vergeltungsmaßnahmen unternommen haben. Man befürchtet, daß für das Verhalten der deutschen Regierung eine übertriebene Rücksichtnahme gegenüber Amerika im Hinblick auf die bevorstehende politische Tagung mitgespielt hat.

## Der Dokumentenfälscherprozeß in Berlin.

Berlin, 10. Juli. Die Verhandlungen im Dokumentenfälscherprozeß wurden am Mittwoch früh wieder aufgenommen. Erster Staatsanwalt Köhler erklärte, daß am Mittwoch vormittag ein Schreiben des Zeugen Siwert bei ihm eingegangen sei, in dem er mitteilt, daß er nicht vor Gericht erscheinen könne und wolle. Er habe ein Zeugnis eingeschickt, wonach er für die nächsten drei Wochen als nicht verhandlungsfähig erklärt wird. Siwert habe ihn am Donnerstag aufgesucht und gesagt, daß er infolge der Aufregungen des Prozesses und der Angriffe auf seine Person der Sachlage nicht mehr gewachsen sei und einen völligen Nervenzusammenbruch erlitten habe. Auf die Feststellung des Vorsitzenden, daß die Zeugenvernehmung von Siwert nicht geschlossen sei, erklärte der Verteidiger Jasse, daß, wenn sich Siwert der Aussage entziehe, alles das bestehen bleibe, was er hier als Stimmungsmaße gegen die Angeklagten vorgebracht habe. Der Minister des Innern habe genehmigt, daß Regierungsrat Barthels über alle Fragen, die sich auf seine Tätigkeit im preußischen Staatskommissariat beziehen, auszusagen darf. Es sei nicht angängig, daß Siwert Anschuldigungen in die Welt hinausposaune, ohne daß sie widerlegt werden können. Erster Staatsanwalt Köhler gab darauf folgende Auffassung erregende Erklärung ab: Gegen die Glaubwürdigkeit des Siwert wäre schon allerhand Belastungsmaterial vorgebracht worden und er glaube daher nicht, daß er einen Beweis gegen die Angeklagten auf Grund der Aussagen Siwerts führen könne. Es bleibe somit nur noch der Fall Knickerbocker übrig. Rechtsanwalt Jasse bringt weiter eine Menge Einwendungen und Feststellungen gegen die Aussagen Siwerts vor, n. a. einen Brief des seinerzeit in Moskau verhafteten Dr. Kindermann, in dem dieser über die Nachforschungen der G. P. U. in Moskau Aufschluß gibt.

Berlin, 10. Juli. Im weiteren Verlaufe des Dokumentenfälscherprozesses einigte man sich nach längerer Auseinandersetzung zwischen Verteidigern und Staatsanwaltschaft dahin, auf die Vernehmung der Kriminalkommissare Heller und Dr. Braschwig, sowie mehrere anderer Zeugen zu verzichten und Oberregierungsrat Bartels und Oberst Wassiliew zu vernehmen. Der Sowjetpresseschef Stern hatte mit Genehmigung der Botschaft seine Erklärung zu dem Zwischenfall mit Dr. von Wozz dem Gericht schriftlich abgegeben. Der Vorsitzende meinte, daß zu einer Verlesung dieses Briefes kein Anlaß bestehe. Stern erwiderte darauf, daß er nichts gegen eine Verlesung seines Briefes habe, aber kein Interesse an der Abgabe einer mündlichen Erklärung hätte. Regierungsrat Bartels machte dann ausführliche Mitteilungen über seine Tätigkeit beim deutschen Generalkonsulat in Petersburg im Jahre 1918, wo er mit Orloff bekannt geworden war.

dem Bombenanschlag in Niebüll mitgeteilt wird, wird die preußische Regierung voraussichtlich noch im Laufe des heutigen Tages eine hohe Belohnung auf die Ermittlung oder Ergreifung der Täter aussetzen.

### Das Ende des Buchmachers.

Duisburg, 9. Juli. Der bekannte westdeutsche Buchmacher R. König aus Duisburg, dem vor etwa 14 Tagen wegen Steuerhinterziehung im Betrage von über 30 000 Mark die Geschäfte geschlossen worden waren, hat am Dienstag morgen seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht. König war auf allen deutschen und insbesondere auf allen westdeutschen Rennplätzen eine bekannte Persönlichkeit.



Regierungsrat Barthel

Orloff habe dem deutschen Generalkonsulat sehr wertvolle Nachrichten mündlich zukommen lassen, n. a. auch über Unruhen, die sich erst ereignen sollten. Die Frage des Verteidigers Jasse, ob Orloff auch falsches Nachrichtenmaterial geliefert habe, wird von Bartels dahin beantwortet, daß solche Fälle vorgekommen seien. Nach der Vernehmung des russischen Oberst a. D. Wassiliew und der früheren Sekretärin Orloffs, Fräulein Walbig, wird die Beweisaufnahme geschlossen.

Der Vorsitzende verlas darauf auf Wunsch des Ersten Staatsanwalts Köhler den Brief des Sowjetpresseschefes Stern, in dem dieser den Versuch, das Gutachten des Dr. von Wozz zu beeinflussen, ableugnet. Bei dem Besuch des Sachverständigen von Wozz in der Sowjetbotschaft sei auf Veranlassung des Botschafters jede Unterhaltung über den Prozeß vermieden worden. Der Prozeß wurde darauf am Donnerstag früh vertagt.

Berlin, 10. Juli. Zu der am Mittwoch im Gerichtssaal während der Verhandlung des Dokumentenfälscherprozesses verlesenen Gegenerklärung des Presseschefes der Berliner Sowjetbotschaft Stern teilt Dr. von Wozz mit, daß er seine vor Gericht gegebene Darstellung des Zwischenfalles in vollem Umfange aufricht erhalte. Wenn Herr Stern jetzt nachträglich behauptet, daß seinerseits eine Beeinflussung nicht beabsichtigt gewesen sei, so stehe dem die Tatsache gegenüber, daß er Dr. von Wozz bei dessen Besuch sofort mit dem schon vor Gericht zitierten Satz empfangen habe: „Wenn Sie als Sachverständiger in diesem Prozeß auftreten, so werden wir das als einen feindseligen Akt betrachten.“

### Polen konturriert mit dem Internationalen Stahlartell.

Berlin, 10. Juli. Die luxemburgische Presse berichtet: Einige Firmen der polnischen Schwerindustrie haben Vertreter nach Südamerika entsandt, um bedeutende Verträge auf Schienenlieferungen abzuschließen. Die Preise der polnischen Schienen sollen wesentlich günstiger, als die von dem Internationalen Stahlartell „Irma“ angebotenen sein.

### Fünfhundert Häuser fortgepöblt.

Ueber Indien gingen schwere Monsunregen nieder. Im Morfbezirk bei Anraoti wurden 500 Häuser fortgepöblt und 12 Menschen getötet.





Tagesneuigkeiten.

Volle Läden — leere Beutel.

Der Lohnntag ist der Tag, an dem der Arbeiter sein geringes Äquivalent für schwer geleistete Arbeit in Empfang nimmt, der Tag, an dem man — wie man nicht zu Unrecht zu sagen pflegt — fürs Geld arbeitet.

Der Lohnntag ist immer mehr zum Sorgentag als zum Freudentag und der Lohnempfang längst zur nüchternen Geste geworden. Der Lohn ist ja schon eingeteilt, noch ehe man in seinen Besitz kommt, und selten reicht er.

Daheim beginnt das große Rätselraten. Was ist doch nicht alles zu besorgen und an alten Schulden abzutragen. Dann geht es rasch zum Einkauf, denn fast alles ist zum Wochenende hin knapp geworden.

Kinder und Frauen dürfen nicht in Restaurationen beschäftigt sein.

Bekanntlich ist die Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen in gastronomischen Unternehmen gesetzlich verboten. Trotzdem sind aber in einer ganzen Reihe von Wars minderjährige Kellner und Kellnerinnen beschäftigt.

Die Richter und Staatsanwälte kriegen ihre Logen und Barette.

Im „Monitor Polski“ ist eine Verordnung des Justizministers vom 25. Juni d. J. über die Einführung von Logen und Baretten als Amtsstracht für die Richter und Staatsanwälte veröffentlicht.

Ein Anwesen in Feuer aufgegangen.

In dem Dorfe Gorki Male, im Lodzzer Kreise, entstand

in der Scheune der Familie Wosjak in der Nacht, als alle schliefen, Feuer. Der Brand breitete sich mit solcher Schnelligkeit aus, daß er auch bald die anderen Gebäude erfaßt hatte, ehe das Feuer überhaupt bemerkt worden war.

Brandstiftung aus Rache.

In der Luszynska 16 hatte seit langem eine Frau Marjanna Markiewicz gewohnt, die vor einiger Zeit ermittelt worden war, weil sie die Miete nicht entrichtete.



Die Schüler des Wunderrabbi verbergen ihren Meister vor den Photographen.

Der Wunderrabbi Josua Kofeak aus Belz (Rumänien), der über eine Anhängerchar von 60- bis 70000 Köpfen verfügen soll, traf in Berlin ein.

Magdalas Opfer.

Roman von G. C. Mahler.

(37. Fortsetzung)

Und nun betraten sie wieder einen andern Raum. „Dies soll das Schlafzimmer werden, Magdala! Hoffe, es ist Ihnen angenehm,“ sagte er mit verhaltener Stimme und sah sie mit flammenden Augen an.

Sie stand in tödlicher Verlegenheit und wußte nicht, was sie sagen sollte. Und in ihrer Verwirrung sah sie hold und lieblich aus, daß der letzte Rest seiner Selbstbeherrschung zu Ende war.

„Süße, weiße Taube, wie lange willst du mich noch mit deiner Sprödigkeit verrückt machen? Ich liebe dich — du bist mein, und ich ertrage deine Zurückhaltung nicht länger. Damit muß es endlich vorbei sein! Und heute lasse ich dich nicht aus meinen Armen, bevor ich deinen süßen, lodenden Lippen den Brautkuß aufgedrückt habe.“

Nach diesen in heißer Leidenschaft hervorgestoßenen Worten wollte er seine Lippen auf die ihren drücken. Magdala lag einen Augenblick wie gelähmt vor Schreden in seinen Armen und lauschte in fassungslosem Entsetzen auf seine Worte.

„Lassen Sie mich los!“ rief sie außer sich. Aber er fühlte ihre geschmeidige, schlante Gestalt in seinen Armen, an seiner Brust, und die zügellose Leidenschaft seiner roten Natur schlug über ihm zusammen.

kurzer Zeit unterdrückt werden konnte. Während der Vöscharbeiten sah man auf dem Hofe die Markiewicz. Es stellte sich heraus, daß sie mit Petroleum begossenes Stroh an das Haus gelegt und angezündet hatte.

Ein hartnäckiger Selbstmörder.

In der Konstantynowka wohnt der ziemlich begüterte 28 Jahre alte Landwirt Josef Pionitka. In letzter Zeit quälte ihn ein Nervenleiden so heftig, daß er beschloß, Selbstmord zu verüben.

Selbstmord nach verübtem Mord.

In der Cegielniana 17 wohnt eine Frau Adamczewska zusammen mit ihren beiden Töchtern, der 25 Jahre alten Janina und der 18 Jahre alten Marja.

„Hilf mir! Rette mich — ich fürchte mich vor ihm! Ich kann nicht seine Frau werden — hilf mir — hilf mir, Tante Maria!“

Und halb bewußtlos vor Aufregung brach sie in Maria Hartaus Armen zusammen.

Diese zog erschrocken das erregte Mädchen in ihr Wohnzimmer, damit nicht jemand von der Dienerschaft dazukam. Sie ließ Magdala in einen Sessel gleiten, rieb ihr die Stirn mit kölnischem Wasser und schloß ihr einen Schlud Wein ein.

„So, mein armes Kind, nun fasse dich und sage mir alles, was dich quält und drückt! Und wenn ich dir helfen kann, sollst du nicht umsonst zu mir gekommen sein! Nun beruhige dich — du bist ja ganz verstört!“

Magdala faßte sich mühsam und preßte Tante Marias Hände in den ihren.

„Tante Maria — ich kann Hans Rabeneds Frau nicht werden! Ich fühle es schon lange — schon seit dem ersten Augenblicke, da ich ihn sah. Aber ich wollte mich zwingen — weil ich doch meine Einwilligung gegeben hatte, ehe ich ihn kannte. So viel Mühe habe ich mir gegeben, das Brauen zu bekämpfen vor dieser Verbindung! Es war umsonst. Und jetzt weiß ich, daß ich lieber sterben will als ihm angehören. Wenn du mir nicht helfen kannst — dann gehe ich lieber in den Tod als mit ihm zum Altar.“

Maria Hartau strich mit ihrem gütigen Lächeln über ihr Haar.

„Nun, nun — nur nicht gleich in den Tod!“

Mit einem ernsten Blick sah Magdala zu ihr auf.

„Du kannst es mir glauben — so sehr ich mich vor dem Tode fürchte — lieber werde ich als ihm angehören!“





